

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

30. Sitzung
am Mittwoch, dem 14. Januar 1998, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Eichelberg (CDU)

Vorsitzender

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Peter Lehnert (CDU)

in Vertretung von Klaus Haller

Silke Hars (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

T a g e s o r d n u n g :	Seite
1. Anhörung des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik e.V. zur Situation der Schiffbauindustrie	4
2. Bericht über technische Consulting-Leistungen von im öffentlichen Besitz befindlichen Unternehmen privaten und öffentlichen Rechts	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1118	
hier: Anhörung	
– Landesverband der Freien Berufe	
– Architekten- und Ingenieurkammer	
– Landesverband SH des Verbandes Beratender Ingenieure	
– Landesgruppe SH des Bundes der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure	
3. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, eröffnet die Sitzung um 10:05 und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Anhörung des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik e.V.
zur Situation der Schiffbauindustrie**

hierzu: Umdrucke 14/1433, 14/1510 und 14/1550

Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Dr. Ache, und der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Herr Dr. Schöttelndreyer, führen auf der Grundlage des Umdrucks 14/1510 in die Thematik ein. Herr Dr. Ache weist darauf hin, daß die Wettbewerbshilfe in Europa in einer Größenordnung von 9 % gewährt werde, während sie in der Bundesrepublik 7 % ausmache. Schleswig-Holstein gehe noch einen Sonderweg und kürze als einziges Küstenland in der Bundesrepublik diese Wettbewerbshilfe erheblich. Dies habe ganz erhebliche Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Existenz der Werften in Schleswig-Holstein.

Herr Dr. Schöttelndreyer erklärt im folgenden, daß das auf die Harmonisierung der internationalen Wettbewerbsbedingungen zielende OECD-Abkommen von den USA noch immer nicht ratifiziert worden sei und entsprechend noch nicht wirksam werden konnte. In dieser Situation setze die EU ihre Schiffbaupolitik fort. Der Bundestag habe dieser Entwicklung Rechnung getragen und in den Bundeshaushalt 1998 Verpflichtungsermächtigungen für Wettbewerbshilfen in Höhe von 80 Millionen DM für Aufträge eingestellt, die in 1998 hereingenommen werden könnten mit Ablieferungen in den Jahren 1999, 2000 und 2001. Die Mittel des Bundes seien so bereitgestellt worden, daß sie im Jahr 1998 als VE auftauchten und erst in 1999, 2000 und 2001 zur Auszahlung führten. Die Mittel des Bundes bedürften der Kofinanzierung durch die Länder. Diese Kofinanzierung werde in einer Höhe von 160 Millionen DM erwartet, so daß dieses Programm zu einem Volumen von 240 Millionen DM führe, womit rund 3 Milliarden DM an Aufträgen gesichert werden könnten. Ohne diese Mittel könnten im Wettbewerb in Europa und weltweit keine Aufträge hereingenommen werden.

Herr Dr. Schöttelndreyer fährt fort, daß der VSM versuche, diese Fortsetzung der Wettbewerbshilfe in 1998 mit der Inanspruchnahme in den kommenden drei Jahren auch in Schleswig-Holstein zu erreichen, denn die schleswig-holsteinische Landesre-

gierung schere aus der Linie der Küstenländer aus, indem sie die Mittel begrenze. Die schleswig-holsteinische Landesregierung stelle den Mitteln des Bundes Mittel des Landes in gleicher Höhe gegenüber. Daraufhin müsse der Bund jedoch seine Mittel reduzieren, weil die Zweidrittel-/Eindrittel-Regelung gesetzlich festgelegt sei. Mithin stehe man vor der Problematik, daß in Schleswig-Holstein praktisch für die Werften diese Programmmittel um 50 % gekürzt würden. Benötigt werde - so betont Herr Dr. Schöttelndreyer - für die Werften in Schleswig-Holstein eine zusätzlich Verpflichtungsermächtigung über 28 Millionen DM, die künftig zu jährlichen Ausgaben in Höhe von 8,7 Millionen DM in den Jahren 1999, 2000 und 2001 führe. Es sei von großer Bedeutung, diese VE bereits 1998 auszubringen, damit die Werften die Akquisition von Aufträgen in Angriff nehmen könnten und angesichts auslaufender Aufträge nicht in Kontrahierungszwang Ende 1998/Anfang 1999 gerieten.

In der Aussprache geht Herr Dr. Schöttelndreyer zunächst auf den Auslastungsgrad der schleswig-holsteinischen Werften ein. Im vergangenen Jahr hätten die Werften in Schleswig-Holstein für rund 1,2 Milliarden DM Handelsschiffe abgeliefert; sie hätten damit einen innerdeutschen Anteil von rund 25 % erreicht. Der Auftragsbestand betrage 2,7 Milliarden DM und bedeute einen Anteil in Höhe von etwa 30 % am gesamten Auftragsbestand deutscher Werften. Wenn man diese beiden Werte miteinander vergleiche, ergebe sich als Ergebnis, daß die Auslastung in 1998 und in 1999 statistisch gesehen gegeben wäre. Dies bedeute aber weiter, daß im Jahre 1998 verstärkt akquiriert werden müsse. Wenn nämlich zum Schluß der Auslastung akquiriert werden müsse, geriete man in den bereits erwähnten Abschlußzwang, was jeweils mit einem Druck auf die Preise verbunden wäre. Aus diesem Grund sei es auch so wichtig, daß in 1998 die geforderte VE ausgebracht werde.

Mit vergleichendem Blick auf die Situation in anderen Bundesländern erklärt Herr Dr. Schöttelndreyer sodann, daß der Anteil Schleswig-Holsteins eigentlich der bedeutendste von der Größenordnung her sei. Andere Bundesländer, die in der Ablieferung noch stark seien, seien Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Mecklenburg-Vorpommern werde voraussichtlich seinen Zweidrittel-Beitrag leisten, ebenso Niedersachsen. Die Entscheidungen hierüber seien jedoch in beiden Ländern noch nicht gefallen.

Abg. Müller erklärt im folgenden, daß es vor dem finanzpolitischen Hintergrund in Schleswig-Holstein um die Frage gehe, wie die von den Vertretern des VSM zu Recht beklagten Wettbewerbsverzerrungen reduziert werden könnten, und es stelle sich nicht

die Frage des Mithaltens. Insofern gehe es darum, inwieweit andere gezwungen werden könnten, zumindest im europäischen Konzert ihre Förderpräferenzen ähnlich zu gestalten. - Abg. Schmitz-Hübsch möchte wissen, welcher Betrag aus Sicht der Vertreter des VSM in den Haushalt eingestellt werden müßte, um die Mittel des Bundes voll ausschöpfen zu können.

Herr Lindenau betont in seiner Erwiderung u.a., daß die schleswig-holsteinischen Werften ohne die Zusage von Mitteln im Rahmen der Wettbewerbshilfe oder ohne die Ausbringung der geforderten Verpflichtungsermächtigungen Neubaufträge nicht akquirieren könnten, während dies den Schiffbauern in anderen europäischen Ländern möglich sei. Einen Schiffsneubau könne man nun einmal nicht von heute auf morgen akquirieren, sondern man brauche eine Vorlaufzeit von etwa einem halben Jahr. Die Lindenau-Werft liefere ihren letzten Neubau Ende 1999 ab. Ein langfristig mögliche Planung in Verbindung mit optimalen Fertigungsmöglichkeiten böte mit Blick auf die Konkurrenz zum Beispiel auch in Fernost einen Wettbewerbsvorteil.

Herr Dr. Ache bezeichnet es als ausgeschlossen, daß unter den norddeutschen Küstenländern unterschiedliche Förderungsbedingungen herrschten. Er gehe davon aus, daß Niedersachsen und auch Mecklenburg-Vorpommern sehr genau wüßten, was sie für ihre Werften täten, zumal Mecklenburg-Vorpommern nicht begüeterter sei als Schleswig-Holstein. Man wisse dort, was man für die Erhaltung der Werftindustrie tun müsse. Hier handele es sich einfach um eine Frage der Prioritätensetzung. - Zur Frage von Abg. Müller weist Herr Ache darauf hin, daß sich Italiener, Franzosen, Spanier gar nicht am europäischen Konzert beteiligen würden, weil sie einfach für ihre Werften Beschäftigung sichern wollten. Die von Abg. Müller angeschnittene politische Haltung wäre in Europa insoweit überhaupt nicht durchzusetzen.

MDgt Dr. Zeichner erwidert mit Blick auf die von Abg. Schmitz-Hübsch gestellte Frage, daß nach dem jetzigen VE-Ansatz 6 Millionen DM Bundesmittel nicht gebunden und damit sozusagen knapp 13 Millionen DM Landesmittel nicht eingesetzt würden. Er hält es jedoch für erforderlich, daß die Landesregierung noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt Gelegenheit erhält, detailliert Darlegungen zu der Thematik der Wettbewerbshilfe geben zu können. - Der Ausschuß hält die nochmalige Befassung mit diesem Thema für dringend geboten und sieht als Termin hierfür eine der März-Sitzungen des Wirtschaftsausschusses vor.

Herr Dr. Schöttelndreyer erklärt abschließend u.a., daß es bei den vorgetragenen For-

derungen nicht um Barmittel gehe, die in diesem Jahr fällig würden, sondern daß es um die Planung für das nächste und für das übernächste Jahr gehe. In dem Zusammenhang macht er deutlich, daß jede Mark, die in den Sektor Werftindustrie gegeben werde, in fünffacher Höhe zurückkomme, wenn auch nicht allein nach Schleswig-Holstein.

Antworten auf weitere Fragestellungen durch die Ausschußmitglieder sind dem Umdruck 14/1550 zu entnehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über technische Consulting-Leistungen von im öffentlichen Besitz befindlichen Unternehmen privaten und öffentlichen Rechts

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1118

(überwiesen am 11. Dezember 1997 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuß hört die Vertreter des Landesverbandes der Freien Berufe, der Architekten- und Ingenieurkammer, des Landesverbandes Schleswig-Holstein des Verbandes Beratender Ingenieure und der Landesgruppe Schleswig-Holstein des Bundes der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure.

Mit den Umdrucken 14/734, 14/1516, 14/1534 und 14/1563 liegen den Ausschußmitgliedern die Statements der Verbände zum Bericht der Landesregierung vor.

In der Aussprache erklärt Abg. Müller, daß man dann, wenn die politisch Verantwortlichen im Lande die öffentliche Verwaltung aufforderten, effektivere Strukturen zu entwickeln und sich stärker privatwirtschaftlich zu beteiligen, auch damit rechnen müsse, daß sie im Wettbewerb Einfluß nehme. Vor diesem Hintergrund sieht er in der Frage der Einbeziehung der freien Wettbewerber in diese Strukturen Beteiligungsmöglichkeiten über Beiräte oder als Gesellschafter.

Abg. Schmitz-Hübsch betont auch an dieser Stelle noch einmal - wie schon in der Landtagsdebatte -, daß mit dem Bericht der Landesregierung die von der CDU-Fraktion gestellten Fragen nicht beantwortet worden seien. Sie regt deshalb gemeinsame Überlegungen dahin an, was politisch getan werden könne, um den aus ihrer Sicht berechtigten und in der heutigen Anhörung vorgetragenen Anliegen der freien Berufe Rechnung zu tragen.

Abg. Rodust bittet die Vertreter der angehörten Verbände sodann um eine Auflistung aller der Bereiche im Land, die sich mehrheitlich in Besitz der öffentlichen Hand befinden und die technische Consulting-Leistungen erbringen. Dabei könne es sich auch durchaus um eine vertrauliche Information handeln, die nur zum internen Gebrauch gegeben werde. Sie betont, daß dann, wenn Bereiche der öffentlichen Hand privatisiert

seien, diese selbstverständlich auch mit allen Rechten und Pflichten agieren müßten.

Nach der Vertiefung von Einzelaspekten bei der Wahrnehmung von technischen Consulting-Leistungen von im öffentlichen Besitz befindlichen Unternehmen privaten und öffentlichen Rechts nimmt der Ausschuß den Bericht der Landesregierung, Drucksache 14/1118, abschließend zur Kenntnis.

Unter Punkt 3 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, kommen die Ausschußmitglieder bei Enthaltung von Abg. Schmitz-Hübsch überein, am 20. März d. J. der CeBit '98 in Hannover im Rahmen einer Ausschußsitzung einen Besuch abzustatten.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 13:05 Uhr.

gez. Eichelberg
Vorsitzender

gez. Neil
Geschäfts- und Protokollführer